

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - SR/027(V)/10			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 09.12.2010	Ratssaal	14:00Uhr	20:33Uhr

**Tagesordnung:**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
  - 2 Bestätigung der Tagesordnung
  - 3 Bestätigung des Beschlussprotokolls der 26.(V) Sitzung vom 11.11.2010
  - 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse T0225/10
- Teil 1 - 27.(V) Sitzung am 09.12.2010 ab 14.00 Uhr
- 5 Beschlussfassung durch den Stadtrat
  - 5.1 Beteiligung am Wettbewerb Stadt der Wissenschaft BE: Oberbürgermeister DS0454/10

5.1.1	Beteiligung am Wettbewerb Stadt der Wissenschaft Fraktion CDU/BfM	DS0454/10/1
5.2	EW-Bau für die energetische Teilsanierung Schwimmhalle Nord, Albert-Schweitzer-Straße 1, 39126 Magdeburg BE: Oberbürgermeister	DS0533/10
5.3	Wahl von Schiedspersonen BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0476/10
5.3.1	Wahl von Schiedspersonen Oberbürgermeister	DS0476/10/1
5.4	Jahresabschluss 2009 des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0466/10
5.5	Wirtschaftsplan 2011 Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb Magdeburg BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0486/10
5.6	Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2010 der Magdeburg Marketing, Kongress und Tourismus GmbH (MMKT) BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0463/10
5.7	Beteiligungsbericht 2010 BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0470/10
5.8	Stellungnahme des Oberbürgermeisters zum Prüfbericht 2009 BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0478/10
5.8.1	Stellungnahme des Oberbürgermeisters zum Prüfbericht 2009 Ausschuss RPB	DS0478/10/1
5.9	Fortführung der Dachmarkenkampagne Ottostadt Magdeburg BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit	DS0500/10
5.9.1	Fortführung der Dachmarkenkampagne Ottostadt Magdeburg Fraktion DIE LINKE	DS0500/10/1
5.10	Zweite Änderungssatzung zur Benutzungssatzung der Stadtbibliothek Magdeburg BE: Bürgermeister	DS0458/10
5.11	Wirtschaftsplan 2011 Eigenbetrieb theater magdeburg BE: Bürgermeister	DS0303/10
5.11.1	Wirtschaftsplan 2011 Eigenbetrieb theater magdeburg Fraktion CDU/BfM	DS0303/10/1

5.12	Wirtschaftsplan 2011 Eigenbetrieb Puppentheater der Stadt Magdeburg BE: Bürgermeister	DS0514/10
5.13	Komplettierung historisches Ensemble Großplastiken Alter Markt BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0032/10
5.13.1	Komplettierung historisches Ensemble Großplastiken Alter Markt Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	DS0032/10/1
5.14	Widmung eines Teilstücks der Straße "Kleiner Werder" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0279/10
5.15	Widmung von Gemeindestraßen im Entwicklungsbereich Rothensee Zone IV, südlicher Handelshafen BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0386/10
5.16	Widmung eines Teilbereiches der OU Ottersleben zur Gemeindestraße BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0393/10
5.17	Straßenbenennung "An der Graube" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0435/10
5.18	Verlängerung der Geltungsdauer der Garagen- und Stellplatzsatzung BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0433/10
5.19	Einleitung Satzungsverfahren und Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 242-1.1 "Im Elbbahnhof" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0434/10
6	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
6.1	Bericht über Unfälle mit Radfahrern Fraktion Bündnis90/Die Grünen WV v. 28.06.2010	A0082/10
6.1.1	Bericht über Unfälle mit Radfahrern	S0195/10
6.2	Verbesserung der Internetpräsenz der Landeshauptstadt Magdeburg bzgl. Kinder- und Freizeitflächen Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! und Fraktion CDU/BfM WV v. 28.06.2010	A0091/10
6.2.1	Verbesserung der Internetpräsenz der Landeshauptstadt Magdeburg bzgl. Kinder- und Freizeitflächen	S0197/10

6.3	Sachstandsbericht zum Lärmaktionsplan Fraktion DIE LINKE WV v. 19.08.2010	A0104/10
6.3.1	Sachstandsbericht zum Lärmaktionsplan	S0208/10
6.4	Leerstandsmanagement aufbauen FDP - Fraktion WV v. 16.09.2010	A0116/10
6.4.1	Leerstandsmanagement aufbauen	S0254/10
6.5	Aufstellung von Abfallbehältern an der Sternbrücke FDP - Fraktion WV v. 16.09.2010	A0118/10
6.5.1	Aufstellung von Abfallbehältern an der Sternbrücke	S0231/10
6.6	Carsharing Fraktion Bündnis90/Die Grünen WV v. 16.09.2010	A0120/10
6.6.1	Carsharing	S0232/10
6.7	Magdeburger Tierheimfest Fraktion CDU/BfM WV v. 16.09.2010	A0124/10
6.7.1	Magdeburger Tierheimfest Fraktion DIE LINKE	A0124/10/1
6.7.2	Magdeburger Tierheimfest	S0245/10
6.8	Gestaltung der Marktbreite (Olvenstedt) Fraktion DIE LINKE WV v. 16.09.2010	A0128/10
6.8.1	Gestaltung der Marktbreite (Olvenstedt) Ausschuss StBV	A0128/10/1
6.8.2	Gestaltung der Marktbreite (Olvenstedt)	S0249/10
6.9	Zoolotterie zu Gunsten des Zoologischen Gartens Magdeburg Fraktion CDU/BfM WV v. 19.08.2010	A0108/10

6.9.1	Zoolotterie zu Gunsten des Zoologischen Gartens Magdeburg	S0220/10
6.10	Adelheid-Plakette für soziales Engagement Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! WV v. 16.09.2010	A0125/10
6.10.1	Adelheid-Plakette für soziales Engagement Ausschuss FuG	A0125/10/1
6.10.2	Adelheid-Plakette für soziales Engagement Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0125/10/2
6.10.3	Adelheid-Plakette für soziales Engagement Fraktion DIE LINKE	A0125/10/3
6.10.4	Adelheid-Plakette für soziales Engagement	S0242/10
	Neuanträge	
6.11	Übertragung der Stadtratssitzungen Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0171/10
6.12	Einsatz von Laubpustern und Laubsaugern vermeiden Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0180/10
6.13	Überplanung Fort II Fraktion CDU/BfM	A0172/10
6.14	Befassung von Stadtrat und Bürgerschaft mit dem Thema Kirche St. Ulrich und Levin wissenschaftlich begleiten FDP - Fraktion	A0173/10
6.15	Bürgerbeauftragter Internet FDP - Fraktion	A0174/10
6.16	Konkretisierung der Ziele des Verwaltungshandelns im Dezernat für Wirtschaft FDP - Fraktion	A0176/10
6.17	Raum zur Meinungsbildung zum Thema Ulrichskirche zur Verfügung stellen FDP - Fraktion	A0177/10
6.18	Schulhofsanierungskonzept FDP - Fraktion	A0178/10
6.19	Touristische Ausschilderung des Wasserstraßenkreuzes Fraktion Bündnis90/Die Grünen	A0181/10

6.20	Parkraumkonzept Rothensee Fraktion CDU/BfM	A0183/10
6.21	Mietspiegel für Magdeburg Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und FDP-Fraktion	A0182/10
6.22	ÖPNV-Anbindung für Elbebahnhof Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0179/10
6.23	Voraussetzung für die Aufarbeitung und Auswertung der Forschungsgrabungen im Magdeburger Dom in der Landeshauptstadt schaffen Interfraktionell	A0175/10
6.24	Meile der Demokratie 2011 - Pietät wahren Stadtrat Matthias Gärtner	A0184/10
6.25	Kein Castortransport durch Magdeburg	A0187/10
7	Einwohnerfragestunde Gemäß § 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung LSA führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.	
7.1	Einwohneranfrage Herr Rüdiger Hartewig - Schiffshebewerk -	
7.2	Einwohneranfrage Herr Jürgen Hollerbuhl - Straßenbahnverbindung Wiener Straße bis Buckau -	
8	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	
9	Informationsvorlagen	
9.1	Bericht des Ausländerbeauftragten	I0264/10
9.2	Betriebszeiten Springbrunnen	I0097/10
9.3	Renaturierung der Schrote	I0235/10
9.4	Bewerbung um Durchführung des nächsten Landesseniorensportfestivals	I0239/10
9.5	"Ort der Erinnerung"	I0266/10

9.6	Ergebnisse des Wettbewerbs "Umfeldgestaltung Eisenbahnüberführung Magdeburg Ernst-Reuter-Allee"	I0246/10
9.7	Berichterstattung zur Drucksache 0373/09 Frauenförderplan 2008 - 2010 - Umsetzung des Ziels 4.2 "Erhöhte Genderkompetenz von Frauen und Männern"	I0279/10
9.8	Budgetsituation des Dezernats III	I0275/10
	Nichtöffentliche Sitzung	
10	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	
11	Beschlussfassung durch den Stadtrat	
11.1	Stellungnahme zum Bericht des Landesrechnungshofes mit dem Schwerpunkt "Wirtschaftlichkeit von PPP-Projekten" BE: Oberbürgermeister	DS0456/10
11.2	Personalangelegenheit BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0513/10
11.3	Personalangelegenheit BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0450/10
11.4	Personalangelegenheit BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0490/10
11.5	Übertragung der öffentlichen WC-Anlagen in das Sondervermögen des Eigenbetriebes Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb Magdeburg BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0392/10
11.6	Übernahme einer Bürgschaft BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0499/10
11.7	Städtebauförderprogramm Stadtumbau Ost (Aufwertung/ Rückbau), Antragstellung Programmjahr 2011 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0244/10
11.7.1	Städtebauförderung Stadtumbau Ost (Aufwertung/Rückbau), Antragstellung Programmjahr 2011 Interfraktionell	DS0244/10/1

## 12 Informationsvorlagen

Teil 2 - 28.(V) Sitzung - Haushaltsberatung 2011 am 13.12.2010 ab  
16.00 Uhr - Inhalt bitte dort einsehen!

### Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

---

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst eröffnet die 27. (V) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Ortsbürgermeister, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	37	“	“
maximal anwesend	47	“	“
entschuldigt	10	“	“

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst gibt eine gemeinsame Erklärung der im Magdeburger Stadtrat vertretenen Fraktionen ab. **(Anlage 1)**

## 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

### 1. Erweiterung der Tagesordnung

A0187/10 – Interfraktionell  
Kein Castortransport durch Magdeburg

(mit 2/3 Mehrheit angenommen) als **TOP 6.25**

### 2. zurückgezogene TOP

Der TOP 5.18

DS 0433/10 – Verlängerung der Geltungsdauer der  
Garagen- und Stellplatzsatzung

wird durch den Oberbürgermeister von der heutigen  
Tagesordnung **zurückgezogen**.

Der TOP 6.4

A0116/10 – FDP-Fraktion  
Leerstandsmanagement aufbauen

und der TOP 6.18

A0178/10 – FDP-Fraktion  
Schulhofsanierungskonzept

werden von der FDP-Fraktion **zurückgezogen**.

### 3. Hinweise

Der TOP 12.1 – I0275/10 wird im öffentlichen Teil als TOP 9.8 behandelt. Hierzu meldet der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt Redebedarf an.

Die veränderte Tagesordnung wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

3. Bestätigung des Beschlussprotokolls der 26.(V) Sitzung vom  
11.11.2010
- 

**Redaktionelle Änderung der Fraktion CDU/BfM**

Auf der Seite 64 muss es unter TOP 8.10 richtig heißen:

Schriftliche Anfrage (F0180/10) des Stadtrates Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, in Vertretung von Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM vorgetragen.

Auf der Seite 75 muss es in der Antwort des Beigeordneten für Finanzen und Vermögen Herrn Zimmermann in der 2. Zeile richtig heißen:

...der Wohnen- und Pflegen **gemeinnützige** GmbH

Das redaktionell geänderte Beschlussprotokoll der 26. (V) Sitzung des Stadtrates am 11.11.10 wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und  
sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse T0225/10
- 

Hierzu liegt eine Tischinformation vor.

**Teil 1 - 27.(V) Sitzung am 09.12.2010 ab 14.00 Uhr**

5. Beschlussfassung durch den Stadtrat

---

5.1. Beteiligung am Wettbewerb Stadt der Wissenschaft DS0454/10  
BE: Oberbürgermeister

---

Der Ausschuss VW empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, bringt den Änderungsantrag DS0454/10/1 ein.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hält den Kurztitel der Drucksache DS0454/10 für nicht korrekt, da es hierbei um die Nichtbeteiligung am Wettbewerb Stadt der Wissenschaft geht. In diesem Zusammenhang hinterfragt er die Aufgaben des Teams Wissenschaft des BOB.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt zum Änderungsantrag DS0454/10/1 Stellung. Er begründet weiterhin, warum die Stadt Magdeburg sich in diesem Jahr nicht am Wettbewerb Stadt der Wissenschaft beteiligt.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, folgt im Namen seiner Fraktion grundsätzlich der vorliegenden Drucksache DS0454/10. Er beantragt die punktweise Abstimmung des Änderungsantrages DS0454/10/1 der Fraktion CDU/BfM.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg hält es für sinnvoll, die Option offen zu lassen, sich in den Jahren 2011 und 2012 wieder am Wettbewerb Stadt der Wissenschaften zu beteiligen und unterstützt den Änderungsantrag DS0454/10/1.

Gemäß Punkt 1 des Änderungsantrages DS0454/10/1 der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen:

1. Auf der Grundlage der Voten der Otto-von-Guericke Universität, der Hochschule Magdeburg-Stendal und aller wissenschaftlichen Institute beschließt der Stadtrat, dass sich die Landeshauptstadt Magdeburg nicht am Wettbewerb „Stadt der Wissenschaft“, **in den Jahren 2011 und 2012**, beteiligt.

Gemäß Punkt 2 des Änderungsantrages DS0454/10/1 der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Gemeinsam mit den Wissenschaftseinrichtungen sind neue Ideen und Formate für Wissenschaftskommunikation und –marketing für Magdeburg zu erarbeiten.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0454/10/1 der Fraktion CDU/BfM einstimmig:

Beschluss-Nr. 661-27(V)10

1. Auf der Grundlage der Voten der Otto-von-Guericke Universität, der Hochschule Magdeburg-Stendal und aller wissenschaftlichen Institute beschließt der Stadtrat, dass sich die Landeshauptstadt Magdeburg nicht am Wettbewerb „Stadt der Wissenschaft“, **in den Jahren 2011 und 2012**, beteiligt.
2. Gemeinsam mit den Wissenschaftseinrichtungen sind neue Ideen und Formate für Wissenschaftskommunikation und –marketing für Magdeburg zu erarbeiten.

5.2.           EW-Bau für die energetische Teilsanierung Schwimmhalle Nord,           DS0533/10  
                  Albert-Schweitzer-Straße 1, 39126 Magdeburg  
                  BE: Oberbürgermeister

---

Hierzu liegt ein Austauschblatt vor.

Die Ausschüsse FG, StBV und BSS empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 662-27(V)10

Der Stadtrat bestätigt auf der Grundlage des Beschlusses des Stadtrates vom 22. April 2010, Beschluss-Nr. 415-17(V)10 die EW-Bau als Grundlage für die weitere Planung und Ausführung der Teilsanierung der Schwimmhalle Nord im Rahmen des Investitionspaketes 2008 und 2009 zur energetischen Erneuerung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen, 1. und 2. Bauabschnitt.

## 5.3. Wahl von Schiedspersonen

DS0476/10

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine  
Verwaltung

---

Hierzu liegt der Änderungsantrag DS0476/10/1 des Oberbürgermeisters vor.

Dem Vorschlag der Vorsitzenden des Stadtrates Frau Wübbenhorst, gemäß § 54 Absatz 3, Satz 2 GO LSA die Wahl offen durchzuführen, wird von seitens des Stadtrates einstimmig gefolgt.

Gemäß Änderungsantrag DS0476/10/1 des Oberbürgermeisters **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. Für die Schiedsstelle 02 wählt der Stadtrat Herrn Klaus-Dieter Wolf als Vorsitzenden und Frau Peggy Hommel als Schiedsperson.
2. Für die Schiedsstelle 07 wählt der Stadtrat Herrn Hartmut Beyer als Vorsitzenden.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0476/10/1 des Oberbürgermeisters einstimmig:

Beschluss-Nr. 663-27(V)10

1. Für die Schiedsstelle 02 wählt der Stadtrat Herrn Klaus-Dieter Wolf als Vorsitzenden und Frau Peggy Hommel als Schiedsperson.
2. Für die Schiedsstelle 07 wählt der Stadtrat Herrn Hartmut Beyer als Vorsitzenden.

- 5.4. Jahresabschluss 2009 des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes DS0466/10
- BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 

Der BA SAB und der Ausschuss RPB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 664-27(V)10

1. Der Jahresabschluss 2009 des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes (SAB) auf den 31. Dezember 2009 wird wie folgt festgestellt:

1.1 Bilanzsumme von	69.515.198,10 EUR
1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf	
- das Anlagevermögen	24.352.684,78 EUR
- das Umlaufvermögen	45.127.734,28 EUR
1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf	
- das Eigenkapital	14.211.920,62 EUR
davon	
Stammkapital	5.112.918,00 EUR
Allgemeine Rücklage	11.816.443,83 EUR
Zweckgebundene Rücklage	156.672,60 EUR
Verlustvortrag	509.935,87 EUR
Jahresverlust	2.364.177,94 EUR
- die empfangenen Ertragszuschüsse	0,00 EUR
- die Rückstellungen	52.642.968,54 EUR
- die Verbindlichkeiten	2.653.601,75 EUR
1.2 Jahresverlust	2.364.177,94 EUR
1.2.1 Summe der Erträge	36.521.038,69 EUR
1.2.2 Summe der Aufwendungen	38.885.216,63 EUR

2. Behandlung des Jahresverlustes

Der Jahresverlust von 2.364.177,94 EUR wird wie folgt behandelt:

a) zur Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	i. H. v. 3.138.039,08 EUR
b) zur Zuführung in die zweckgebundene Rücklage	i. H. v. 301.946,94 EUR
c) Vortrag auf neue Rechnung (Verlustvortrag)	i. H. v. 606.735,92 EUR
d) zur Abführung an den Haushalt der Stadt	i. H. v. 1.078.650,12 EUR

3. Der Betriebsleiterin, Frau Doris König, wird gemäß § 19 (4) Eigenbetriebsgesetz die Entlastung für das Wirtschaftsjahr 2009 erteilt.



5.7. Beteiligungsbericht 2010

DS0470/10

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

---

Die Ausschüsse FG und VW empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 667-27(V)10

1. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2010 nach Erörterung gemäß § 118 Abs. 2 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt (GO LSA) zur Kenntnis.
2. Der Oberbürgermeister hat die Einwohner der Landeshauptstadt Magdeburg in geeigneter Form über den Beteiligungsbericht zu unterrichten (§ 118 Abs. 3 GO LSA).
3. Der Beteiligungsbericht ist dem Landesverwaltungsamt unverzüglich vorzulegen.

5.8. Stellungnahme des Oberbürgermeisters zum Prüfbericht 2009

DS0478/10

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

---

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss RPB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0478/10/1.

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann bringt die Drucksache DS0478/10 ein. Er bedankt sich in diesem Zusammenhang bei den Mitgliedern des Ausschusses RPB und seinen Mitarbeitern des FB 02 für die gute Zusammenarbeit. Abschließend bittet Herr Zimmermann darum, den Voten der Ausschüsse zu folgen.

Stadträtin Siedentopf, Mitglied im Ausschuss RPB trägt die Stellungnahme des Vorsitzenden des Ausschusses RPB Herrn Schoenberner zur vorliegenden Drucksache DS0478/10 vor.  
**(Anlage 2)**

Gemäß Änderungsantrag DS0478/10/1 des Ausschusses RPB **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die „Entgeltordnung für die Nutzung von Sportstätten im Bäderbereich“ auf die Umsetzung der Einnahmen aus dem Betrieb des Campingplatzes Barleber See zu prüfen bzw. hinsichtlich der Umsetzung des Pachtvertrages neu zu regeln.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0478/10/1 des Ausschusses RPB einstimmig:

Beschluss-Nr. 668-27(V)10

Der Stadtrat bestätigt gemäß § 170 Abs. 3 Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt (GVBl. LSA Nr. 14/2009) die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2009 und erteilt dem Oberbürgermeister die Entlastung.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die „Entgeltordnung für die Nutzung von Sportstätten im Bäderbereich“ auf die Umsetzung der Einnahmen aus dem Betrieb des Campingplatzes Barleber See zu prüfen bzw. hinsichtlich der Umsetzung des Pachtvertrages neu zu regeln.

5.9.	Fortführung der Dachmarkenkampagne Ottostadt Magdeburg	DS0500/10
	BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit	

---

Die Ausschüsse K, RWB und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herr Nitsche bringt die Drucksache DS0500/10 umfassend ein. Er geht dabei erläuternd auf die kritischen Diskussionsschwerpunkte in den Ausschussberatungen, wie u.a. der Sicherung der Rechte der Ottostadt Magdeburg und der Frage der Rechte an die Domäne. Er führt weiter aus, dass die Eckpunkte hierzu, die Bestandteil der Vertragsveränderung sind, bis Montag an die Fraktionsvorsitzenden ausgereicht werden.

Im Rahmen seiner weiteren Ausführungen geht Herr Nitsche auf die erfolgreichen Ansätze im ersten Jahr und auf geplante Aktivitäten der Ottokampagne ein. Er bittet abschließend darum, dem vorliegenden Änderungsantrag DS0500/10/1 der Fraktion DIE LINKE nicht zu folgen und der Drucksache DS0500/10 unverändert zuzustimmen.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter aller Fraktionen und der Verwaltung zur Thematik Stellung.

Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, bringt den Änderungsantrag DS0500/10/1 ein. Sie nimmt kritisch zu den Ausführungen des Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herrn Nitsche bezüglich der Haushaltsmittel für das Jahr 2011 Stellung.

Stadtrat Lischka, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! unterstützt zu Beginn seiner Ausführungen grundsätzlich die Fortführung der Dachmarkenkampagne. Er macht in seinen weiteren Anmerkungen aber deutlich, dass er das Fazit in der Begründung der Drucksache DS0500/10 nicht uneingeschränkt teilen kann und begründet seinen Standpunkt. Stadtrat Lischka wünscht sich für die Zukunft mehr kreatives Engagement vom Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herrn Nitsche bei der Fortführung der Kampagne. Abschließend signalisiert er im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zur Drucksache DS0500/10.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper gibt eine redaktionelle Änderung im Beschlusspunkt 2 der Drucksache DS0500/10 bekannt. (Das zur Umsetzung der Kampagne vorgesehene **Ausgabenvolumen** verbleibt .....)

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, unterstützt im Namen seiner Fraktion den vorliegenden Änderungsantrag DS0500/10/1 der Fraktion DIE LINKE. Im Rahmen seiner Ausführungen merkt er an, dass es bei der Ottokampagne nicht nur um Marketing geht sondern auch um die wirtschaftliche Zielstellung dieser Kampagne. Bezüglich der Mehrausgaben erwartet Stadtrat Dr. Hörold im Namen seiner Fraktion, dass darüber im Vorfeld informiert wird. Des Weiteren erwartet seine Fraktion, dass die Mittelvergabe und das Mittelcontrolling konsequent verfolgt werden.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erinnert an seinen Antrag A0138/10 „Otto Rendite“ der am 14.10.10 vom Stadtrat in die Ausschüsse verwiesen wurde. Er geht im Weiteren auf die Messbarkeit von Erfolg und Wichtigkeit von Zielvorgaben ein und merkt dabei an, dass die Stadt mit dem Aufwand der Ottokampagne auch Einnahmen erzielen muss. Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bittet abschließend darum, im Ausschuss FG dezidiert aufzulisten, wie sich das Produkt „Ottomarkte“ zusammensetzt.

Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Rösler verweist auf die Kritikpunkte des Ausschusses FG dahingehend, dass die Wahrscheinlichkeit besteht, dass der Budgetansatz auch beim nächsten Mal überschritten wird, dass die Verträge bis dato noch nicht ausreichend ausgehandelt waren und an die Umsetzung des ganzen Projektes durch das Wirtschaftsdezernat. Er begründet abschließend das Votum des Ausschusses FG.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich persönlich für die Fortführung der Ottokampagne aus und hält es für ein falsches Signal, wenn diese jetzt beendet werden würde. In seinen weiteren Anmerkungen sieht er allerdings ebenfalls noch Nachholebedarf auf der Homepage der Ottokampagne. Stadtrat Herbst begrüßt die vorgenommenen Korrekturen bei der Auftragsvergabe und vermisst ebenfalls noch die Kreativität bei der Ottokampagne.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt begründet umfassend die Ablehnung zur Drucksache DS0500/10 von Teilen seiner Fraktion. Er stellt dabei in Frage, ob man über die Slogan die Stadt Magdeburg kennenlernt und bezweifelt, ob eine solche Dachmarkenkampagne wirklich Sinn macht. Abschließend stellt Stadtrat Wähnelt aber klar, dass die Fraktion bei Fortführung der Ottokampagne dahinter stehen wird.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Theile nimmt zum Ergebnis der Umfrage des Forsa-Institutes Stellung. Er geht im Weiteren auf die Intention des Änderungsantrages DS0500/10/1 ein und stellt klar, dass seine Fraktion die Fortführung der Kampagne nicht mittragen kann.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, geht auf die Argumentation des Stadtrates Lischka, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! und auf die Umfrage des Forsa-Institutes ein. Er merkt im Namen seiner Fraktion an, dass sie die Dachmarkenkampagne weiter unterstützen werden und signalisiert Zustimmung zur Drucksache DS0500/10.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, kann die Ausführungen des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM nicht ganz teilen und bezeichnet die Forsa-Umfrage als nicht repräsentativ. Er wirbt in seinen weiteren Ausführungen um die Unterstützung des Änderungsantrages DS0500/10/1 seiner Fraktion.

Im Rahmen der weiteren umfangreichen kontroversen Diskussion geht der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper auf die Faktenlage und die bisherige Beschlusslage des Stadtrates zur Dachmarkenkampagne ein. Er stellt klar, dass zur Umsetzung der Kampagne 1,5 Mio Euro eingeplant sind. Er verweist im Weiteren auf die einzelnen Dachmarken der letzten 10 Jahre und bezeichnet es als schädlich, wenn der Stadtrat entgegen seiner Beschlüsse sich gegen die Fortführung der Dachmarkenkampagne ausspricht. Abschließend fordert er jeden auf, Verbesserungsvorschläge in dieser Frage zu unterbreiten.

Der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herr Nitsche nimmt zu den einzelnen Diskussionsbeiträgen Stellung. Dabei erläutert er nochmals die wirtschaftlichen Ziele der Ottokampagne und bittet darum, diese auch weiterhin zu unterstützen.

Nach umfangreicher kontroverser Diskussion bringt Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, den GO-Antrag – **Abbruch der Debatte** – ein.

Vertreter der Fraktion DIE LINKE sprechen sich gegen den GO-Antrag und Vertreter der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! und FDP-Fraktion für die Annahme des GO-Antrages aus.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen.

### **Abbruch der Debatte**

Der Änderungsantrag DS0500/10/1 der Fraktion DIE LINKE –

Der Haushaltsansatz für 2011 in Höhe von 540.800,00 € (Kst. 30000000, SK 54571000) wird um 167.300,00 € auf 373.500,00 € gekürzt. –

wird vom Stadtrat mit 15 Ja-, 6 Enthaltungen mehrheitlich **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung der redaktionellen Änderung des Oberbürgermeisters mehrheitlich, bei 13 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 669-27(V)10

Der Stadtrat beschließt:

- 1.) Die Dachmarkenkampagne „Ottostadt Magdeburg“ wird im Zeitraum 2011 und 2012 fortgeführt.
- 2.) Das zur Umsetzung der Kampagne vorgesehene Ausgabenvolumen verbleibt bei 1,5 Mio. € für den gesamten Kampagnenzeitraum.

**Persönliche Erklärung des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Theile**

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Theile gibt eine persönliche Erklärung ab.  
**(Anlage 3)**

5.10.	Zweite Änderungssatzung zur Benutzungssatzung der Stadtbibliothek Magdeburg	DS0458/10
	BE: Bürgermeister	

---

Die Ausschüsse KRB und K empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 46 Ja- 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 670-27(V)10

Der Stadtrat beschließt die Zweite Änderungssatzung zur Benutzungssatzung der Stadtbibliothek Magdeburg, zuletzt geändert durch Änderungssatzung vom 20. Juni 2000 (Amtsblatt für die Landeshauptstadt Magdeburg Nr. 75 vom 20.06.2000), gemäß beiliegender Anlage.

---

BE: Bürgermeister

---

Stadtrat Schumann, Fraktion CDU/BfM, erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Theaterrausschuss empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, bringt den Änderungsantrag DS0303/10/1 ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt klarstellend zum Änderungsantrag DS0303/10/1 der Fraktion CDU/BfM Stellung und erläutert den Hintergrund der vorliegenden Drucksache DS0303/10. Er führt weiter aus, dass er für die Zukunft der Theaterlandschaft dringenden Gesprächsbedarf mit dem Land sieht.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg hält es für gerechtfertigt, ein Signal zu geben und unterstützt im Namen seiner Fraktion den vorliegenden Änderungsantrag DS0303/10/1.

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch hält den vorliegenden Änderungsantrag DS0303/10/1 für nachvollziehbar und weist darauf hin, dass das Konsolidierungsprogramm für den Eigenbetrieb theater bereits im Entwurf vorliegt. Er weist aber darauf hin, dass in den letzten Jahren eine beispielhafte Konsolidierung im Theaterbereich durchgeführt wurde und erläutert diese im Einzelnen.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke geht auf die Intention des Änderungsantrages DS0303/10/1 ein.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, argumentiert gegen die Annahme des Änderungsantrages DS0500/10/1 der Fraktion CDU/BfM. Er sieht die Verantwortung beim Land, wie die Gesamtsituation der Theaterlandschaft zu gestalten ist.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper sieht den Änderungsantrag DS0303/10/1 der Fraktion CDU/BfM für unproblematisch.

Nach weiterer Diskussion regt der Bürgermeister Dr. Koch an, eine öffentliche Diskussion zur Theaterlandschaft zu führen.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag DS0303/10/1 der Fraktion CDU/BfM mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 4 Enthaltungen:

Der Beschlusstext wird um folgenden Punkt ergänzt:

Durch die Leitung des Eigenbetriebes wird dem Betriebsausschuss und dem Stadtrat bis zum Ende des I. Quartals 2011 ein Konzept zur Reduzierung des geplanten Jahresverlustes von 566.500 € vorgestellt. Hierin soll neben möglichen Kostenreduzierungen auch die Steigerung von Einnahmen mit betrachtet werden.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0303/10/1 der Fraktion CDU/BfM einstimmig:

Beschluss-Nr. 671-27(V)10

1. Der Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebes theater magdeburg wird entsprechend der Anlage wie folgt festgesetzt und beschlossen:
  - 1.1. Im Bereich des Erfolgsplanes Erträge in Höhe von 26.731.800 EUR und Aufwendungen in Höhe von 27.298.300 EUR,
  - 1.2. im Bereich des Vermögensplans mit einem Einnahme- und Ausgabevolumen in Höhe von 830.000 EUR
  - 1.3. mit einem Höchstbetrag der Kassenkredite in Höhe von 2.500.000 EUR.
2. Die Landeshauptstadt Magdeburg zahlt dem Eigenbetrieb einen Zuschuss in Höhe von insgesamt 15.065.700 EUR zur Deckung der laufenden Geschäftstätigkeit.
3. Der Finanzplan des Eigenbetriebs theater magdeburg wird zur Kenntnis genommen.
4. Durch die Leitung des Eigenbetriebes wird dem Betriebsausschuss und dem Stadtrat bis zum Ende des I. Quartals 2011 ein Konzept zur Reduzierung des geplanten Jahresverlustes von 566.500 € vorgestellt. Hierin soll neben möglichen Kostenreduzierungen auch die Steigerung von Einnahmen mit betrachtet werden.

5.12.	Wirtschaftsplan 2011 Eigenbetrieb Puppentheater der Stadt Magdeburg	DS0514/10
	BE: Bürgermeister	

---

Der BA Puppentheater empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 672-27(V)10

1. **Der Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebes Puppentheater der Stadt Magdeburg wird entsprechend der Anlage wie folgt festgesetzt und beschlossen:**

im Bereich des Erfolgsplanes Erträge in Höhe von 2.273.000 EUR und Aufwendungen in Höhe von 2.323.900 EUR

im Bereich des Vermögensplanes mit einem Einnahme- und Ausgabevolumen in Höhe von 63.400 EUR

mit einem Höchstbetrag der Kassenkredite von 150.000 EUR

## **2. Finanzielle Verpflichtungen der Landeshauptstadt Magdeburg**

Die Landeshauptstadt Magdeburg zahlt dem Eigenbetrieb einen Zuschuss zur laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 1.567.500 EUR

(53152000 = 1.452.600 EUR)

(53152110 = 114.900 EUR)

Darüber hinaus zahlt die Landeshauptstadt Magdeburg dem Eigenbetrieb einen Zuschuss aus dem Verwaltungshaushalt zur Deckung folgender Aufwendungen (Abschreibungen, Zinsen, Leistungsverrechnungen, Beiträge zur Berufsgenossenschaft, Ost-West-Angleichung TVÖD, Nutzungsentgelte, arbeitsmedizinische Betreuung)

(53152100 = 125.600 EUR)

(53152110 = 16.000 EUR)

Im WJ 2011 beträgt der Zuschuss gesamt 141.600 EUR.

## **3. Der Finanzplan des Eigenbetriebes Puppentheater der Stadt Magdeburg wird zur Kenntnis genommen.**

5.13. Kompletierung historisches Ensemble Großplastiken Alter Markt DS0032/10

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

---

Die Stadträte Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion und Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, erklären gemäß § 31 GO LSA ihr Mitwirkungsverbot und nehmen nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Die Ausschüsse K und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg bringt den Änderungsantrag DS0032/10/1 ein.

Bezüglich der Nachfrage des Stadtrates Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, ob Magdeburger Künstler hierbei berücksichtigt werden oder ob eine Ausschreibung erfolgen muss, führt der Bürgermeister Herr Dr. Koch aus, dass dies Sache des Vereins ist, der das Vorhaben auf den Weg gebracht hat.

Gemäß Änderungsantrag DS0032/10/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Punkt 2 der Drucksache wird wie folgt geändert:

2. Nach Aufstellung übergibt der Verein gemäß Vereinbarung die Großplastik samt aller Rechte der Landeshauptstadt Magdeburg.

**Die Kosten für die Pflege und den Erhalt der Hirschplastik in Höhe von geschätzten 250,-€ Jahr sollten über die Vergabe einer Patenschaft oder Sponsoring gedeckt werden.**

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0032/10/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! mehrheitlich, bei 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 673-27(V)10

1. Zur Komplettierung des historischen Ensembles

- Magdeburger Reiter
- Magdeburger Roland
- Hirsch auf der Säule (Hirsch)

beschließt der Stadtrat die Aufstellung des Hirsches auf dem Alten Markt.

Der Standort in der Südostecke ist in der Anlage fixiert.

Die Aufstellung wird durch den Verein „Denkmalensemble Alter Markt e. V.“ vorbereitet und durchgeführt.

Sämtliche mit der Aufstellung verbundene Kosten übernimmt der Verein.

2. Nach Aufstellung übergibt der Verein gemäß Vereinbarung die Großplastik samt aller Rechte der Landeshauptstadt Magdeburg.

Die Kosten für die Pflege und den Erhalt der Hirschplastik in Höhe von geschätzten 250,-€ Jahr sollten über die Vergabe einer Patenschaft oder Sponsoring gedeckt werden.

3. Der Stadtrat beschließt, die Schenkung anzunehmen.

- 5.14. Widmung eines Teilstücks der Straße "Kleiner Werder" DS0279/10  
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Beschluss-Nr. 674-27(V)10

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Widmung eines Teilstücks der Straße „Kleiner Werder“ zur Gemeindestraße zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

- 5.15. Widmung von Gemeindestraßen im Entwicklungsbereich DS0386/10  
Rothensee Zone IV, südlicher Handelshafen  
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 675-27(V)10

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Widmung der Gemeindestraßen Otto-Hahn-Straße und Werner-Heisenberg-Straße (Teilstück) der Entwicklungsmaßnahme Rothensee Zone IV, südlicher Handelshafen, zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

- 5.16. Widmung eines Teilbereiches der OU Ottersleben zur DS0393/10  
Gemeindestraße  
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 676-27(V)10

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Widmung der Straßen Thauberg (Teilstück) und Osterweddinger Chaussee (Teilstück) im Zuge der OU Ottersleben zu Gemeindestraßen zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

- 5.17. Straßenbenennung "An der Graube" DS0435/10  
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 677-27(V)10

Der Stadtrat beschließt die Benennung der zwischen den Straßen „Friedhofsweg“ und „Unterer Hohenwarsleber Weg“ entstehenden Straße als

„An der Graube“

- 5.18. Verlängerung der Geltungsdauer der Garagen- und Stellplatzsatzung DS0433/10  
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 

Der TOP 5.18 – DS0433/10 wurde von der Verwaltung von der Tagesordnung **zurückgezogen**.

- 5.19. Einleitung Satzungsverfahren und Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 242-1.1 "Im Elbbahnhof" DS0434/10  
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 678-27(V)10

1. Für das Gebiet, welches umgrenzt wird:

- im Norden: durch eine gedachte Linie zwischen dem Grundstück Schleinufer 24a/24b und der Verkehrsfläche Im Elbbahnhof,
- im Osten: durch die Verkehrsfläche Im Elbbahnhof,
- im Süden: durch die südliche Grenze des Flurstückes 10066 (Flur 142) und
- im Westen: durch die westliche Grenze der Flurstücke 10066, 10065, 10064 (Flur 142) und die Ostseite des Grundstückes Schleinufer 24a/24b

wird auf Antrag des Vorhabenträgers ein Satzungsverfahren zu einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan gemäß § 12 Abs. 2 BauGB eingeleitet. Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, dargestellt.

2. Mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 242-1.1 „Im Elbbahnhof“ soll das Bauvorhaben „Neubau von 6 Terrassenwohnhäusern“ im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB planungsrechtlich vorbereitet werden.  
 Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.
3. Gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB wird von der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung abgesehen.
4. Der Entwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 242-1.1 „Im Elbbahnhof“ und die Begründung werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.

5. Der Entwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 242-1.1 „Im Elbbahnhof“ und die Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.  
Der Beschluss der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes, Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind ortsüblich bekannt zu machen.
6. Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gem. § 4 Abs. 2 i. V. m. § 4a Abs. 2 BauGB gleichzeitig zum Auslegungsverfahren zu beteiligen. Sie sind gem. § 3 Abs. 2 Satz 3 BauGB von der öffentlichen Auslegung zu benachrichtigen.

## 6. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

---

- |      |                                     |          |
|------|-------------------------------------|----------|
| 6.1. | Bericht über Unfälle mit Radfahrern | A0082/10 |
|      | Fraktion Bündnis90/Die Grünen       |          |
|      | WV v. 28.06.2010                    |          |
- 

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt zieht den Antrag A0082/10 **zurück**.

- |      |  |          |
|------|--|----------|
| 6.2. | Verbesserung der Internetpräsenz der Landeshauptstadt<br>Magdeburg bzgl. Kinder- und Freizeitflächen | A0091/10 |
|      | Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! und Fraktion CDU/BfM<br>WV v. 28.06.2010                       |          |
- 

Der Ausschuss VW empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM, bittet darum, dem Votum des Ausschusses VW zu folgen.

Gemäß interfraktionellem Antrag A0091/10 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 679-27(V)10

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Städtischen Eigenbetrieb Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg, den Internetauftritt der Stadt bzgl. der Kinderspiel- und Freizeitflächen zu verbessern.

Ziel ist es dabei einerseits, den Internetnutzern möglichst detailreich und mit Bildern unterstützt die verschiedenen Kinderspiel- und Freizeitflächen vorzustellen und andererseits die Verlinkung des Angebotes im Sinne möglichst weniger Verweise zu optimieren.

Darüber hinaus sollte dort auch die Spielplatzkonzeption 2010-2015 (2025) entsprechend hinterlegt sein.

- |      |  |          |
|------|--|----------|
| 6.3. | Sachstandsbericht zum Lärmaktionsplan  | A0104/10 |
|      | Fraktion DIE LINKE<br>WV v. 19.08.2010 |          |
- 

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Krause, Fraktion DIE LINKE, bringt den Antrag A0104/10 ein.

Er begrüßt die Stellungnahme der Verwaltung und spricht die Erwartung aus, dass in Umsetzung des Planes auch weitere Lärmquellen aufgenommen werden. Insbesondere verweist er auf das Eisenbahnkreuz Diesdorfer Graseweg. Im Interesse der dortigen Anwohner muss sich die Stadt auch gegenüber Dritten – in diesem Fall gegenüber der Bahn AG - durchsetzen.

Gemäß Antrag A0104/10 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 680-27(V)10

Der Oberbürgermeister wird gebeten, bis Dezember 2010 den Stadtrat über den aktuellen Sachstand bei der Aufstellung des Lärmaktionsplanes der LH Magdeburg zu unterrichten. Dabei ist unabhängig davon auch über bereits getätigte Maßnahmen zur Reduzierung und Vermeidung von Lärm und die Entwicklung von Gegenlärmstrategien zu informieren.

6.4. Leerstandsmanagement aufbauen A0116/10

FDP - Fraktion  
WV v. 16.09.2010

---

Der Antrag A0116/10 wurde von der FDP-Fraktion **zurückgezogen**.

6.5. Aufstellung von Abfallbehältern an der Sternbrücke A0118/10

FDP - Fraktion  
WV v. 16.09.2010

---

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der BA SAB betrachtet den Antrag A0118/10 mit der vorliegenden Stellungnahme S0231/10 als erledigt.

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, bedankt sich bei der Verwaltung für die vorliegende Stellungnahme S0231/10 und zieht den Antrag A0118/10 **zurück**.

6.6. Carsharing A0120/10  
 Fraktion Bündnis90/Die Grünen  
 WV v. 16.09.2010

---

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zieht den Antrag A0120/10 **zurück**.

6.7. Magdeburger Tierheimfest A0124/10  
 Fraktion CDU/BfM  
 WV v. 16.09.2010

---

Es liegt der Änderungsantrag A0124/10/1 der Fraktion DIE LINKE vor.

Der Ausschuss VW empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0124/10/1 der Fraktion DIE LINKE.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, bringt den Antrag A0124/10 ein.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, dankt der Verwaltung für die vorliegende Stellungnahme S0245/10 ist aber verwundert, dass sich die Stellungnahme nicht auch auf den vorliegenden Änderungsantrag A0124/10/1 bezogen hat.

Gemäß Änderungsantrag A0124/10/1 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 9 Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, motivierende und impulsgebende Gespräche über die Organisation und Durchführung eines jährlichen Tierheim-/Tierschutzfestes (beginnend ab 2011) durch den neuberufenen Magdeburger Tierschutzbeirat und den in Magdeburg tätigen und ansässigen Tierschutzvereinen sowie weiteren potentiellen Mitstreitern aufzunehmen.

Dabei ist auch eine mögliche Einbindung des Tages der offenen Tür im Tierheim zu prüfen.

Ein übergreifendes Ziel sollte die Etablierung eines Magdeburger Tierschutztages sein.

Gemäß Antrag A0124/10 der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0124/10/1 der Fraktion DIE LINKE einstimmig:

Beschluss-Nr. 681-27(V)10

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, motivierende und impulsgebende Gespräche über die Organisation und Durchführung eines jährlichen Tierheim-/Tierschutzfestes (beginnend ab 2011) durch den neuberufenen Magdeburger Tierschutzbeirat und den in Magdeburg tätigen und ansässigen Tierschutzvereinen sowie weiteren potentiellen Mitstreitern aufzunehmen.

Dabei ist auch eine mögliche Einbindung des Tages der offenen Tür im Tierheim zu prüfen.

Ein übergreifendes Ziel sollte die Etablierung eines Magdeburger Tierschutztages sein.

6.8.	Gestaltung der Marktbreite (Olvenstedt)	A0128/10
	Fraktion DIE LINKE WV v. 16.09.2010	

---

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrag A0128/10/1.

Stadtrat Krause, Fraktion DIE LINKE, bringt den Antrag A0128/10 ein. Er begrüßt die vorliegende Stellungnahme S0249/10 der Verwaltung und dankt dafür, dass diese dem Ursprungsantrag A0128/10 gefolgt ist.

Der stellv. Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Frank Schuster bringt den Änderungsantrag A0128/10/1 ein.

Gemäß Änderungsantrag A0128/10/1 des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Die letzten beiden Punkte des Antrages werden gestrichen, folglich lautet der Antrag:

Gemäß Antrag A0128/10 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0128/10/1 des Ausschusses StBV einstimmig:

Beschluss-Nr. 682-27(V)10

Angesichts des bevorstehenden massiven Rückbaus von Wohnungen in der Marktbreite (Neu Olvenstedt) wird der Oberbürgermeister beauftragt, sich mit den betroffenen Wohnungsunternehmen unter Hinzuziehung der ehrenamtlichen Akteure vor Ort über die Art der Nachnutzung der entstehenden Freiflächen zu verständigen.

6.9.	Zoolotterie zu Gunsten des Zoologischen Gartens Magdeburg	A0108/10
	Fraktion CDU/BfM WV v. 19.08.2010	

---

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss VW empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, zieht den Antrag A0108/10 **zurück**.

6.10.	Adelheid-Plakette für soziales Engagement	A0125/10
	Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! WV v. 16.09.2010	

---

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag A0125/10/1 des Ausschusses FuG
- Änderungsantrag A0125/10/2 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!
- Änderungsantrag A0125/10/3 der Fraktion DIE LINKE

Die Ausschüsse GeSo, Juhi und K empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FuG empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0125/10/1.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg bringt den Antrag A0125/10 ein. Er schlägt vor, über die vorliegenden Änderungsanträge nicht abzustimmen und empfiehlt, dass sich das zu bildende Gremium (entsprechend Punkt 3 des Antrages A0125/10) damit befasst.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, schlägt vor, alle vorliegenden Verhandlungsgegenstände in das Kuratorium „Kaiser-Otto-Stiftung“ einzubringen mit der Bitte darüber nachzudenken, ob ähnlich wie zum Kaiser-Otto-Preis eine Satzung zum Kaiserin Adelheid-Preis erarbeitet werden kann.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, bittet darum, sich an die Formalitäten zu halten und die Möglichkeit zu geben, die vorliegenden Änderungsanträge A0125/10/1 und A0125/10/3 einzubringen.

Im Rahmen der weiteren Diskussion zum Verfahren zieht der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg den Antrag A0125/10 von der heutigen Tagesordnung und bis eine einvernehmliche Lösung gefunden wurde, **zurück**.

### Neuanträge

Der Vorschlag der Vorsitzenden des Stadtrates Frau Wübbenhorst, die Anträge unter TOP 6.11 – 6.21, zu denen ein Geschäftsordnungsantrag vorliegt, im Block zu überweisen, wird vom Stadtrat einstimmig gefolgt.

6.11.	Übertragung der Stadtratssitzungen Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0171/10
-------	---	----------

---

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0171/10 in die Ausschüsse FG, KRB und VW – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0171/10 wird in die Ausschüsse FG, KRB und VW überwiesen.

- 6.12. Einsatz von Laubpustern und Laubsaugern vermeiden A0180/10  
Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!
- 

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0180/10 in den BA SFM und in die Ausschüsse UwE und KRB – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0180/10 wird in den BA SFM und in die Ausschüsse UwE und KRB überwiesen.

- 6.13. Überplanung Fort II A0172/10  
Fraktion CDU/BfM
- 

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0172/10 in den BA SFM und in die Ausschüsse Juhi und FuG – vor, der durch Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, um den Ausschuss StBV ergänzt wird.

Gemäß ergänztem GO-Antrag der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0172/10 wird in den BA SFM und in die Ausschüsse Juhi, FuG und StBV überwiesen.

- 6.14. Befassung von Stadtrat und Bürgerschaft mit dem Thema Kirche A0173/10  
St. Ulrich und Levin wissenschaftlich begleiten  
FDP - Fraktion
- 

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0173/10 der FDP-Fraktion in die Ausschüsse KRB und FG – vor, der durch die Stadträtin Wübbenhorst, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! um den Ausschuss UwE ergänzt wird.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und Enthaltungen:

Der GO-Antrag der Stadträtin Wübbenhorst, den Antrag A0173/10 in den Ausschuss UwE zu überweisen, wird **abgelehnt**.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0173/10 wird in die Ausschüsse KRB und FG überwiesen.

- 6.15. Bürgerbeauftragter Internet A0174/10  
FDP - Fraktion
- 

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0174/10 in die Ausschüsse RWB, KRB und VW – vor.

Gemäß GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0174/10 wird in die Ausschüsse RWB, KRB und VW überwiesen.

- 6.16. Konkretisierung der Ziele des Verwaltungshandelns im Dezernat A0176/10  
für Wirtschaft  
FDP - Fraktion
- 

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0176/10 in die Ausschüsse RWB und FG vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0176/10 wird in die Ausschüsse RWB und FG überwiesen.

- 6.17. Raum zur Meinungsbildung zum Thema Ulrichskirche zur A0177/10  
Verfügung stellen  
FDP - Fraktion
- 

. Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0177/10 in die Ausschüsse KRB und VW vor – der durch die Stadträtin Wübbenhorst, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! um den Ausschuss UwE. durch Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE um den Ausschuss FG und durch Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM um den Ausschuss StBV ergänzt wird.

Der GO-Antrag der Stadträtin Wübbenhorst, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, den Antrag A0177/10 in den Ausschuss UwE zu überweisen, wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen **abgelehnt**.

Gemäß ergänztem GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0177/10 wird in die Ausschüsse FG, KRB, StBV und VW überwiesen.

6.18. Schulhofsanierungskonzept A0178/10  
FDP - Fraktion

---

Der Antrag A0178/10 wurde von der FDP-Fraktion **zurückgezogen**.

6.19. Touristische Ausschilderung des Wasserstraßenkreuzes A0181/10  
Fraktion Bündnis90/Die Grünen

---

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0181/10 in die Ausschüsse RWB und StBV – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0181/10 wird in die Ausschüsse RWB und StBV überwiesen.

6.20. Parkraumkonzept Rothensee A0183/10  
Fraktion CDU/BfM

---

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0183/10 in die Ausschüsse StBV und FG – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0183/10 wird in die Ausschüsse StBV und FG überwiesen.

6.21. Mietspiegel für Magdeburg A0182/10  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und FDP-Fraktion

---

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0182/10 in die Ausschüsse KRB, UwE, VW und FG – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0182/10 wird in die Ausschüsse KRB, UwE, VW und FG überwiesen.

6.22. ÖPNV-Anbindung für Elbebahnhof

A0179/10

Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

---

Stadtrat Bartelmann, FDP-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0179/10 in den Ausschuss StBV – ein.

Der GO-Antrag des Stadtrates Bartelmann, FDP-Fraktion, den Antrag A0179/10 in den Ausschuss StBV zu überweisen, wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen **abgelehnt**.

Stadtrat Rohrßen, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! bringt den Antrag A0179/10 ein.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, stellt fest, dass es sich bei dem vorliegenden Antrag A0179/10 um keinen Prüfauftrag handelt.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke begründet die Stimmenenthaltung seiner Fraktion zum Antrag A0179/10 und bittet die Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! klar zu Protokoll zu geben, dass mit dem Antrag noch kein klarer Auftrag verbunden ist, sondern erst einmal geprüft werden soll.

Stadtrat Wendenkamp, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! sieht keinen Anlass, den Antrag A0179/10 in die Ausschüsse zu verweisen.

Stadtrat Haller, FDP-Fraktion, merkt an, das eine Überweisung des Antrages A0179/10 der richtige Weg wäre.

Abschließend merkt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper an, dass die Verwaltung eine Stellungnahme zum Antrag A0179/10 erarbeiten wird und empfiehlt, den Antrag A0179/10 heute zu beschließen.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Antrag A0179/10 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und 14 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 683-27(V)10

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der MVB werden angewiesen, dem Geschäftsführer den Auftrag zu erteilen, zu prüfen wie das Wohngebiet am Elbbahnhof zukünftig an den öffentlichen Personennahverkehr angebunden werden kann.

6.23. Voraussetzung für die Aufarbeitung und Auswertung der  
Forschungsgrabungen im Magdeburger Dom in der  
Landeshauptstadt schaffen

A0175/10

Interfraktionell

---

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Hans-Jörg Schuster bringt den interfraktionellen Antrag A0175/10 ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert über den aktuellen Sachstand und macht Ausführungen zur Rechtslage.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke merkt, dass dies auch Thema im Bildungsausschuss des Landtages war und informiert über das Beratungsergebnis. Er sieht im vorliegenden interfraktionellen Antrag A0175/10 die Chance, als Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg ein klares Signal zu setzen.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster unterstützt die Ausführungen des Vorsitzenden der Fraktion CDU/BfM.

Gemäß interfraktionellen Antrag A0175/10 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 684-27(V)10

I.

Der Oberbürgermeister wird gebeten sich dafür einzusetzen, dass nach Beendigung der Forschungsgrabungen im Magdeburger Dom im Dezember 2010 die Aufarbeitung und Auswertung der Befunde und Funde in der Landeshauptstadt erfolgen kann. Die Fundstücke sollen zukünftig bspw. im geplanten Dommuseum zu Magdeburg ausgestellt werden.

II.

Der Stadtrat appelliert an die Landesregierung dafür Sorge zu tragen, dass die Finanzierung der personellen und materiell-technischen Voraussetzungen für die Aufarbeitung und Auswertung der Befunde und Fundstücke aus den Forschungsgrabungen im Magdeburger Dom gesichert ist. Die Arbeiten sollen sich direkt an die Beendigung der Grabungen anschließen und in der Landeshauptstadt durchgeführt werden.

6.24. Meile der Demokratie 2011 - Pietät wahren

A0184/10

Stadtrat Matthias Gärtner

---

Stadtrat Gärtner, NPD, bringt den Antrag A0184/10 ein.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, äußert sein Unverständnis zur Antragstellung des Stadtrates Gärtner, NPD.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Jastimme:

Beschluss-Nr. 685-27(V)10

Der Antrag A0184/10 des Stadtrates Gärtner, NPD –

Die Stadtverwaltung als Mitorganisator der durch den linken „Miteinander e.V.“ durchgeführten Veranstaltung „Meile der Demokratie 2011“ wird beauftragt, das geplante Programm unter Gesichtspunkten einer natürlichen und der trauernden Bevölkerung entsprechenden Pietät durchzuführen. Bei der Veranstaltung „Meile der Demokratie“ sind daher Bühnenveranstaltungen mit Musik-, Kabarett- und Tanzveranstaltungen untersagt. Gleichgelagerte Inszenierungen, die dazu geeignet sind, den Magdeburger Trauertag den Grad einer populären Veranstaltung mit Volksfestcharakter zu verleihen, werden gleichfalls nach Maßgabe der Verwaltung untersagt. –

wird **abgelehnt**.

6.25. Kein Castortransport durch Magdeburg

A0187/10

---

Stadtrat Krause, Fraktion DIE LINKE, bringt den interfraktionellen Antrag A0187/10 ein und erklärt, dass seine Fraktion gegen den Castortransport durch Magdeburg und nach Lubmin ist. Er merkt weiter an, dass es darum geht, von der Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern Gefahren abzuwenden. Stadtrat Krause kritisiert die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke und führt aus, dass das radiaktive Material außerdem nicht aus dem Gebiet der neuen Bundesländer ist und nur für die Entsorgung aus diesem Bereich, hätte Lubmin die Genehmigung als Zwischenlager erhalten.

Er rief auf, mit den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern in Mecklenburg-Vorpommern solidarisch zu sein.

Für die Lösung dieses Problems gibt es nur die Möglichkeit, aus der Atomenergie auszusteigen.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg geht auf die Intention des Antrages A0187/10 ein.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, argumentiert im Namen seiner Fraktion gegen die Annahme des Antrages A0187/10.

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE, nimmt ebenfalls kritisch zum geplanten Castortransport durch Magdeburg und zur derzeitigen Situation Stellung. Sie weist darauf hin, dass zügig nach Lösungen gesucht werden muss und ein Endlager dringend benötigt wird.

Nach eingehender Diskussion bringt Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! den GO-Antrag – **Abbruch der Debatte** – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat mit 20 Ja-, 17 Neinstimmen und 5 Enthaltungen:

### **Abbruch der Debatte**

Gemäß interfraktionellem Antrag A0187/10 **beschließt** der Stadtrat mit 25 Ja-, 12 Neinstimmen und 5 Enthaltungen:

#### Beschluss-Nr. 686-27(V)10

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg spricht sich dagegen aus, dass ein Castortransport durch Magdeburg nach Lubmin geführt wird.

Der Stadtrat hält es für einen großen Fehler, dass Risikotransporte dieser Art quer durch Deutschland erfolgen und vertritt den Standpunkt, dass die Nutzung der Atomtechnologie, bei der hochradioaktiver Abfall anfällt, beendet werden muss. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist für die Lösung des Problems die einzig sichere Variante. Bereits vorhandener Abfall braucht ein sicheres Endlager und soll bis dahin dort verbleiben, wo der Abfall entsteht.

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg wird gebeten, den zuständigen Landes- und Bundesbehörden den Standpunkt des Stadtrates zu übermitteln.

### **Persönliche Erklärungen**

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper gibt eine persönliche Erklärung ab. **(Anlage 4)**

Stadtrat Haller, FDP-Fraktion, gibt eine persönliche Erklärung ab. **(Anlage 5)**

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, gibt eine persönliche Erklärung ab. **(Anlage 6)**

Stadtrat Grünewald, Fraktion DIE LINKE, gibt eine persönliche Erklärung ab. **(Anlage 7)**

Stadtrat Wendenkampf, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! gibt eine persönliche Erklärung ab. **(Anlage 8)**

Stadtrat Kraatz, Fraktion CDU/BfM, gibt eine persönliche Erklärung ab. **(Anlage 9)**

## 7. Einwohnerfragestunde

Gemäß § 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung LSA führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

---

Herr Rüdiger Hartewig, Zaunkönigstr. 78, 39110 Magdeburg

Ich bin Vorstandsmitglied im Förderverein „Technische Denkmale Sachsen-Anhalt“ und ich habe eine Frage formuliert, die ich sehr gerne im Anschluss erläutern möchte. Welche Initiativen ergreift die Landeshauptstadt Magdeburg zur Wiederinbetriebnahme des Schiffshebewerks Rothensee nach Vorlage neuer Erkenntnisse aus den Fachgesprächen zwischen dem Förderverein und dem Bundesministerium für Verkehr?“

Ich würde hier an dieser Stelle bitten, dass die Stadträte, die Verwaltung uns unterstützt, dass wir gemeinsam wieder die Initiative aufnehmen aufgrund der neuen Erkenntnisse und schnellstens zum Handeln kommen, denn wenn das Schiffshebewerk im Jahr 2011 noch steht, dann können wir es abschreiben, dann ist die Sache erledigt. Dankeschön.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Lutz Trümper weist darauf hin, dass im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung im Schiffshebewerk 50.000 Euro von Seiten der Stadt und 150.000 Euro der Region für den Betrieb des Schiffshebewerkes genannt worden sind. Auf dahingehende Verhandlungen hat er auch nochmals den Staatssekretär Scheuerle aufmerksam gemacht. Wenn neue Erkenntnisse von Seiten des Fördervereins vorliegen, wird die Stadt darüber informiert.

Der Oberbürgermeister äußert ausdrücklich, dass bisher getroffene Aussagen der Stadtverwaltung weiterhin Bestand haben.

Herr Jürgen Hollerbuhl, Schäfferstraße 12, 39112 Magdeburg

Wir haben in den letzten Monaten und Wochen die verschiedensten Aussagen zu dem Trassenbau der Straßenbahn in der Wiener Straße und vor allen Dingen zu der Verlängerung nach Buckau erfahren und stehen heute auf einem Stand, der uns eigentlich nicht weitergebracht hat.“

Daher meine Fragen:

Wie will der Stadtrat mit ggf. erhöhten Zuwendungsforderungen seitens der MVB umgehen, wenn die Wirtschaftlichkeit, die hier vorausgesetzt wird, nicht erreicht werden kann?

Wie sollen Mehrkosten bei Wegfall von Förderungen und Kostenbeteiligungen am Brückenneubau Buckauer Hauptbahnhof kompensiert werden?

Wenn die Bahn ganz besonders durch die im Bauabschnitt 7, durch die Raiffeisenstraße, Warschauer Straße geführt wird und das nicht auf einem gesonderten Gleisbett, dann dürfte es zu erheblichen Lärmimmissionen kommen und darum meine Frage insgesamt, sowohl auch für den Bauabschnitt 2: Sind Schallschutzmaßnahmen Bestandteil der Investitionskosten gewesen?“

#### Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann

Der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann erklärt, dass die detaillierten Fragen des Herrn Hollerbuhl noch nicht Gegenstand der derzeitigen Vorplanung seien. Es soll für die genannten Trassen ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden. Für die Fragen hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit und der Fördermittelgeber verlangt jede einzelne Detailtrasse eine betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Prüfung der Situation. Er macht deutlich, dass ein Bau der Trassen ohne notwendige Fördermittel nicht realisierbar ist. Weiterhin weist er darauf hin, dass eine Bürgerversammlung geplant ist, in der dezidiert auf die Wirtschaftlichkeit dieser Trasse im Einzelnen, wie auch des gesamten Bereiches, eingegangen wird. Hierbei kann eine Diskussion geführt werden und Herr Hollerbuhl hat Gelegenheit, sein Anliegen nochmals darzulegen.

#### Herr Hollerbuhl

Es geht uns eben gerade um grundsätzliche Fragen und man stellt sich natürlich die Frage, wie so ein umfangreiches Projekt und da wird ja nicht von Geldern geredet, die nicht schon angedacht und geplant sind, auf den Weg gebracht werden kann, wenn noch nicht mal, also wenigstens in Umrissen dargestellt werden kann, wo die Wirtschaftlichkeit dabei liegt.

#### Beigeordneter Dr. Scheidemann

Herr Dr. Scheidemann äußert, dass Umrisse schon in Planzahlen bezeichnet sind. Eine detaillierte Darstellung der Wirtschaftlichkeitsberechnungen wird Gegenstand einer Bürgerversammlung sein.

#### Ergänzende Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper

Der Oberbürgermeister berichtet über den symbolischen Spatenstich im Abschnitt 3 und die damit einhergehenden Bürgergespräche. Er erklärt, dass der Bund, das Land sowie die Stadt den Zustand in Magdeburg ohne die zweite Nord-Süd-Verbindung im Vergleich mit jedem einzelnen Abschnitt prüfen werden. Die MVB prüft betriebswirtschaftlich und volkswirtschaftlich mit externen Beratern. Zudem weist er darauf hin, dass spätere Einnahmen keinesfalls die investierten Kosten ausgleichen könnten. Dies ist auch nicht unter dem Begriff Wirtschaftlichkeit zu verstehen.

## 8. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

---

### 8.1. Schriftliche Anfrage (F0210/10) des Stadtrates Boeck, Fraktion DIE LINKE

Ort der Erinnerung am Alten Rathaus

In der Februarsitzung 2008 des Stadtrates stellte DIE LINKE-Fraktion folgenden Antrag: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat im September 2008 einen Vorschlag zu unterbreiten, wie noch vor der Stadtratswahl 2009 in der unmittelbaren Rathausnähe ein Ort der Erinnerung an alle Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung geschaffen werden kann, die Opfer der Nationalsozialisten geworden sind“.

Der Antrag wurde durch den Stadtrat angenommen.

Nun endlich, über zwei Jahre später, im Jahre 2010 wurde im IV. Quartal eine Erinnerungstafel/-stele mit folgender Inschrift nahe dem Rathaus aufgestellt: *„Die Landeshauptstadt Magdeburg gedenkt der Frauen und Männer, die als Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und als Kommunalpolitiker in den Jahren der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zwischen 1933 und 1945 diskriminiert, ihres Amtes beraubt, verfolgt, in Konzentrationslager verschleppt, ins Exil getrieben oder ermordet wurden. Das Andenken schließt auch diejenigen ein, deren Namen und Schicksale unbekannt geblieben sind.“*

Zusätzlich zu dieser Inschrift sind die Namen der jeweiligen Kommunalpolitiker/innen auf der Tafel angebracht.

Soweit so gut!

Ich frage den Oberbürgermeister:

Warum nur wurde die Erinnerungstafel so unscheinbar und beinahe versteckt und noch dazu quasi heimlich und in aller Stille an der Südseite des Rathauses, dem Notausgang, angebracht?

Die Stadtführer beispielsweise führen die Magdeburg-Gäste eher an der Frontseite des Rathauses entlang.

Auch hat keine würdige Einweihung stattgefunden. Weder die Öffentlichkeit noch die Mitglieder des Stadtrates sind vorab über den genauen Zeitpunkt der Aufstellung informiert, geschweige denn eingeladen gewesen. Warum?

Ich bitte um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung.

#### Antwort des Bürgermeisters Herrn Dr. Koch:

In seiner Beantwortung nimmt der Bürgermeister Herr Dr. Koch auf die umfassenden Recherchearbeiten des Arbeitskreises Bezug und verweist auf Verzögerungen mit der ausführenden Firma, für die es nachvollziehbare Gründe gibt.

Er informiert, dass das Kulturbüro erst im Nachhinein von der Fertigstellung der Erinnerungstafel erfahren hat und über seine Beauftragung zur Erarbeitung einer entsprechenden Stadtratsinformation.

Eingehend auf die Intention der Anfrage hält er es für wichtig, dass hierüber z.B. auch die Stadtführer informiert und einbezogen werden. Er unterbreitet den Vorschlag, dass seitens der Mitarbeiter des Archivs des Kulturhistorischen Museums die Stadtführer eingeladen werden und über die Erinnerungstafel sowie die Recherchen hierzu informiert werden, damit diese dann in die Stadtführungen mit einbezogen werden können.

Mit dem Hinweis auf die öffentliche Berichterstattung der Volksstimme zur Erinnerungstafel hält er die Durchführung einer öffentlichen Veranstaltung für nicht mehr sinnvoll.

#### Ergänzende Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister informiert über einen Gedankenaustausch zur dieser Thematik. Es sei klar, dass mit der Aufstellung der Erinnerungstafel der Auftrag des Stadtrates nicht beendet ist. Hierzu wurde die Entscheidung getroffen, am 15. Januar 2011 im Rahmen der Aktivitäten zur „Meile der Demokratie“ eine Veranstaltung zur offiziellen Freigabe der Tafel durchführen.

#### 8.2. Schriftliche Anfrage (F0203/10) des Stadtrates Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Fristende für Einwendungen zum PFV Bahnhofstunnel

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

am Samstag, 06. November 2010 berichtete die „Volksstimme“ auf der ersten Lokalseite darüber, dass die Planungsunterlagen zum Tunnel Ernst-Reuter-Allee bis zum 08.12.2010 im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens im Baudezernat (Steinkuhle 6) einsehbar sind. Es wird weiterhin darüber berichtet, dass Einwände **bis Mitte Januar 2011** geltend gemacht werden können.

Die Meldung in der „Volksstimme“ basierte, wie durchaus üblich, auf einer am 05. November 2010 herausgegebenen Pressemitteilung der Stadt Magdeburg (Pressestelle), in der als Frist zur Stellungnahme eindeutig Mitte Januar 2011 benannt wurde.

Genau drei Tage später, nämlich am 09. November 2010, ist dann jedoch in der „Volksstimme“ zu lesen, dass die Einwände lediglich bis zum **22. Dezember 2010** möglich sind, weil an diesem Tag die Frist endet. Wir fragen Sie daher:

1. Ist es nicht irreführend und damit in erheblichem Maße bürgerunfreundlich, wenn in Veröffentlichungen der Stadt zu einem so wichtigen Thema innerhalb von drei Tagen zwei ganz unterschiedliche Termine, die fast um einen ganzen Monat differieren, benannt werden?
2. Ergibt sich aus diesem Formfehler nicht sogar eine rechtswirksame und damit verbindliche Verschiebung der nach § 37 Abs. 6 Satz 1 StrG LSA, § 73 Abs. 4 S.3 VwVfG ablaufenden Frist für die Einwendungen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger?
3. Wenn ja, gedenken Sie die Frist für die Einwendungen der Bürgerinnen und Bürger daraufhin bis Mitte Januar 2011 auszuweiten bzw. verspätet erhobene Einwände zu berücksichtigen, um dieses eindeutige Fehlverhalten der Anhörungsbehörde zu heilen?
4. Wenn nein, welche Rechtsfolgen könnten sich dann daraus für die Stadt ergeben (z.B. Klagerecht der Betroffenen)?

Um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung der Anfragen wird gebeten.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann:

In seiner Beantwortung verweist der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann darauf, dass natürlich die amtliche Veröffentlichung also die Bekanntmachung über das Anhörungsverfahren gilt. Dies ist der Text, der amtliche herausgegeben wird und insofern auch gerichtsfest ist. Diese amtliche Bekanntmachung enthält dezidiert die einzelnen zeitlichen Abfolgen.

Eingehend auf Frage 2 legt er dar, dass kein Formfehler vorliegt, da die Veröffentlichung in der Volksstimme ein begleitender Artikel ist, für den die Stadtverwaltung dankbar ist, weil teilweise auch mit den amtlichen Bekanntmachungen nicht die Aufmerksamkeit aller Bürger für die Baumaßnahme erreicht werden kann. Insofern sind diese begleitenden Artikel auch für die Stadt ganz wichtig, weil sie den Bürger an die Verfahren heranführen. Insbesondere verweist er darauf, dass die Daten in dem Artikel nicht falsch sind, da zwei unterschiedliche Bereiche der Beteiligung vorliegen. Zum Einen die Einsichtnahme der betroffenen Bürger in die Unterlagen, und richtiger Weise ist dort die Abgabe der Einwendungen bis zum 22. Dezember. Parallel dazu läuft zum Anderen ein Planfeststellungsverfahren, aber auch andere Anhörungen und dort ist tatsächlich die Frist dann endgültig Mitte Januar. Abschließend spricht der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann seinen Dank für die Gelegenheit aus, in Beantwortung der Anfrage klarstellend zum Verfahren ausführen zu können.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.3. Schriftliche Anfrage (F0202/10) des Stadtrates Hörold, FDP-Fraktion

Sichere Fußgängerquerung an der Kita St. Marienstift – Kreuzung „Zerrennerstraße/ Dietrichstraße/Am Denkmal

Sehr geehrter Herr Dr. Trümper,

aufgrund wiederholter Hinweise von Anliegern und Eltern bitte ich – in Weiterführung der FDP-Anfrage F0067/09 - um die mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung nachstehender Anfragen.

Das Problem stellt sich aus Sicht der Betroffenen wie folgt dar:

Die bauliche Querungshilfe / Fußgängerinsel auf der Zerrennerstraße / Höhe Döllweg ist – an dieser Stelle - ausreichend und besser als ein „Zebrastreifen“ / Fußgängerüberweg. Die eigentliche Gefahrenstelle ist aber nicht die "Kreuzung" Zerrennerstraße / Höhe Döllweg, sondern ca. 200 m stadtauswärts unmittelbar vor der Kita „St. Martinsstift“. Dort überqueren die meisten Personen (Kinder/ Senioren/ Eltern) die Straße. Die Zerrennerstraße ist eine Hauptstraße mit dort einer leichten Biegung, so dass aus der Kita kommend (Innenseite der Biegung) der Verkehr von rechts nur sehr schwer einzusehen ist. Von Gegenüber (Außenseite der Biegung) ist es etwas besser einzusehen, wird jedoch durch die dort parkenden Autos sehr beeinträchtigt.

1. Wie wird aus Ihrer Sicht die Gefährdung der Kinder und Senioren an der 200 m stadtauswärts hinter dem Überweg Zerrennerstraße / Höhe Döllweg vor der Kindertagesstätte St. Marienstift an der Kreuzung "Zerrennerstraße / Dietrichstraße / Am Denkmal" eingeschätzt?
2. Wie gedenkt die Stadtverwaltung diesen Gefahrenbereich zu sichern, da erfahrungsgemäß die Geschwindigkeit der Fahrzeuge nicht dem Gefährdungspotenzial entspricht?
3. In welchem Zeitraum könnte der Gefahrenbereich gesichert werden?

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann:

Auf Grund der in der Vergangenheit vorgenommenen umfangreichen Abwägungen unterbreitet der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann den Vorschlag, die Beantwortung der Anfrage schriftlich vorzunehmen. Erläuternd führt er aus, dass eine mündliche Beantwortung nur eine verkürzte Darstellung der Diskussionspunkte wäre und diese schriftlich dezidierter erläutert werden können.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.4. Schriftliche Anfrage (F0208/10) des Stadtrates Kraatz, Fraktion CDU/BfM

Soziale Infrastruktur in Rothensee

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

in den vergangenen Wochen wurde, auch in den Medien, wieder öffentlich die Zukunft der sozialen Infrastruktur in Rothensee diskutiert. Dabei gab es Befürchtungen von Seiten der Bürger, dass der bestehende Schülertreff auf Grund fehlender Räumlichkeiten zukünftig wegfällt. Gleichzeitig wird die Raumsituation in der Grundschule Rothensee thematisiert.

Daher stelle ich Ihnen heute folgende Fragen:

1. Für welchen Zeitpunkt ist der Umbau der Kindertageseinrichtung in Rothensee geplant und ist in den entsprechenden Planungen, soweit diese bereits existieren, der Verbleib des dort momentan vorhandenen Schülertreffs vorgesehen?
2. Welchen Zeithorizont sieht die Stadtverwaltung für den Freizug der momentan als Lager genutzten Räume der ehemaligen Sekundarschule Rothensee und welche Optionen gibt es dann für die Nachnutzung dieser Räumlichkeiten?
3. Gibt es ein Planungskonzept für die Weiterentwicklung sozialer Einrichtungen in Rothensee?

Ich bitte um eine kurze mündliche Beantwortung und eine ausführlich schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper:

In seinen Ausführungen geht der Oberbürgermeister auf die Presseveröffentlichung hinsichtlich der Nutzung des Gebäudes der Sekundarschule ein und trifft die Aussage, dass seitens der Stadt die von der Bauvorschrift vorgesehenen Räumlichkeiten vorgehalten werden. Hierzu gibt es ganz klare Berechnungsgrundlagen, wie viel Räume eine Schule mit der entsprechenden Anzahl der Schüler und wie viel Räume auch ein Hort braucht.

Eine darüber hinaus gehende weitere Nutzung von Gebäuden, für die die Stadt über einen längeren Zeitraum Unterhaltskosten zahlen muss, wird von ihm jedoch momentan abgelehnt. Mit dem Hinweis auf die Errichtung von Gebäuden in Salbke und am Neustädter See in Millionenhöhe führt er aus, dass die Stadt ihre Grenzen hinsichtlich der Einrichtung sozialer Gebäude erreicht hat.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.5. Schriftliche Anfrage (F0211/10) des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE

MVB-Reisebus

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in der September-Sitzung des Stadtrates habe ich **öffentlich** die F0147/10 gestellt. Als Antwort bekam ich die **nichtöffentliche** Stellungnahme 0250/10.

Da ich in der Einleitung meiner Anfrage jedoch ausdrücklich auf den eigentlichen Grund meiner Fragestellung, nämlich mir gegenüber geäußerte offene Bürgerfragen in meiner Einwohnerversprechstunde zu Zukunft und Verbleib des jahrzehntelangen MVB-Reisbusangebotes an Tagesfahrten, hinwies, war ich über die mir zugedachte nichtöffentliche Stellungnahme einigermaßen verwundert, da sie dem eigentlichen Anliegen ja diametral widerspricht. Noch dazu ist mir als Aufsichtsratsmitglied der Sachverhalt wohl bekannt, nur eben grundsätzlich nicht gestattet aus Aufsichtsratssitzungen zu berichten, was ich auch tunlichst gern beachte! Daher ist mir nach wie vor an einer Stellungnahme gelegen, die auch öffentlich zugänglich ist. Diesen Umstand habe ich vor mehr als 4 Wochen auch dem verantwortlichen Beigeordneten Herrn Zimmermann schriftlich mitgeteilt, eine Reaktion darauf allein steht bis heute aus.

Daher frage ich den Oberbürgermeister:

Wann bekomme ich eine entsprechende Stellungnahme, die den o.g. Kriterien entspricht.

Ich bitte um kurze mündliche und schriftliche Beantwortung.

Antwort des Beigeordneten für Finanzen und Vermögen Herrn Zimmermann:

Der Beigeordnete Herr Zimmermann bestätigt, dass eine öffentliche Aussage getroffen werden kann, dass es sich bei dem Reisebusangebot um ein Rand- und Nebengeschäft handelt und dieses sich nicht wirtschaftlich von der MVB gestalten lässt. Aus diesem Grund gibt es die Auffassung sowohl des Aufsichtsrates als auch der Geschäftsführung, diesen Reisebus weiterhin zu betreiben bzw. neu anzuschaffen und zu betreiben.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.6. Schriftliche Anfrage (F0201/10) des Stadtrates Haller, FDP-Fraktion

EuGH-Urteil zu Arbeitszeitausgleich

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg hat entschieden, dass ein Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst Anspruch auf einen Ausgleich hat, wenn er ständig länger als die in der Europäischen Union erlaubten 48 Stunden pro Woche arbeiten muss. Ein Feuerwehrmann der Stadt Halle hatte geklagt. Als Fahrzeugführer beim Brandschutz hatte der Mann laut Dienstplan im Schnitt pro Woche 54 Stunden im Einsatz zu sein. Also deutlich länger als die von der EU-Arbeitszeitrichtlinie für einen Zeitraum von sieben Tagen erlaubten 48 Stunden.

Ich bitte um die mündliche und ergänzende schriftliche Beantwortung nachstehender Fragen:

1. Sind Ihnen Verletzungen der EU-Arbeitszeitrichtlinie im Verwaltungsbereich der LH Magdeburg bekannt? Wenn ja, welche?
2. Hat das Urteil direkte praktische Auswirkungen auf die Landeshauptstadt Magdeburg?
3. Wenn ja, welche? D.h. um welchen Umfang an Ausgleichsansprüchen handelt es sich?
4. Was wird unternommen, um die Verletzung der EU-Arbeitszeitrichtlinie zu vermeiden? Hat dies Auswirkungen auf den städtischen Haushalt? Wenn ja, welche?

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung  
Herrn Platz:

In seiner Beantwortung verweist der Beigeordnete Herr Platz darauf, dass keine Verletzungen der EU-Arbeitszeitrichtlinie bekannt sind, gleichwohl dieses Problem die Verwaltung bis heute beschäftigt. Bereits im Januar 2006 wurde bei der Feuerwehr auf die neuen Regularien, die nach dem damaligen EuGH-Urteil Geltung beansprucht haben, umgestellt, das heißt, es wurde eine neue Dienstvereinbarung, die die 48 Stunden einhält, seinerzeit auch zwischen Dienststelle und Personalrat abgeschlossen. Im Weiteren führt er aus, dass die Stadtverwaltung jetzt noch mit Spätfolgen dieses vormaligen EuGH-Urteils befasst ist, insofern, da das erste EU GH-Urteil die besondere Problematik hatte, dass es eine Rückwirkung entfaltet hat und bei der Feuerwehr Überstunden in Größenordnungen angefallen sind. Daraufhin wurden in Abstimmung mit dem Stadtrat Veränderungen im Stellenkonzept vorgesehen, damit diese Überstunden abgebaut werden können. Dies ist bis zu einem gewissen Grad gelungen.

Hinsichtlich des geplanten monetären Ausgleichs der noch vorhandenen Überstunden führt er aus, dass dieser sich auf Grund rechtlicher Probleme schwierig gestaltet. Hierzu wurde deshalb eine Ausnahmegenehmigung beim Innenministerium beantragt, welche jedoch ablehnend beschieden wurde. Derzeit wird geprüft welche Möglichkeiten bestehen, die Spätfolgen des EuGH-Urteils ausräumen zu können.

#### 8.7. Schriftliche Anfrage (F0196/10)des Stadtrates Wähnel, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Freiflächen für das KJH Next Generation an der Rogätzer Straße

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

seit Jahren wird die dringend erforderliche Erweiterung der von Anfang an viel zu knapp bemessenen Freiflächen des Kinder- und Jugendhauses „Next Generation“ angemahnt, bis hin zu einem diesbezüglichen Stadtratsbeschluss. Auf der letzten Sitzung der GWA Alte Neustadt am 30.11.2010 sollte die Verwaltung zum Stand der Bearbeitung informieren, was aber mit der Nachricht, man arbeite daran, es sei aber nichts Konkretes zu berichten, verwaltungsseitig abgesagt wurde.

Statt dessen mussten wir vom Jugendklub erfahren, dass nun nicht einmal mehr die knapp bemessene vorhandene Freifläche im bisherigen Umfang nutzbar sei, da bei Ballspielen die Autos auf dem neu geschaffenen benachbarten Parkplatz in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Ein dringend notwendiger Zaun wurde bisher nicht gesetzt, ein Termin ist nicht in Aussicht gestellt.

Aus diesem Grunde hätten wir gern gewusst:

- 1. Was wird unternommen, um sofort zumindest wieder die bisherige Nutzbarkeit der Freifläche zu sichern?**
- 2. Was wird unternommen, um die dringend erforderliche Erweiterung der Freifläche zeitnah umzusetzen?**

Ich bitte um kurze mündliche und ggf. ergänzende schriftliche Beantwortung.

Antwort des Oberbürgermeisters Herr Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister verweist auf die am Montag stattfindende Beratung des Stadtrates zum Haushalt 2011 und darauf, dass im Haushalt finanzielle Mittel für die in der Anfrage benannte Maßnahme bereits veranschlagt wurden.

Ergänzende Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann:

Herr Dr. Scheidemann informiert über ein am 07. 12. 2010 geführtes Gespräch mit dem Entwicklungsträger und legt dar, dass der Notwendigkeit zur Aufstellung eines Zaunes zwischen dem Parkplatz gefolgt wurde. Ebenso zeichnen sich Erfolge hinsichtlich der Grundstücksangelegenheiten ab. Mit Hinweis auf die Nichtöffentlichkeit von Informationen zu Grundstücksangelegenheiten unterbreitet er das Angebot, weitere Informationen in einem persönlichen Gespräch zu geben.

8.8. Schriftliche Anfrage (F0209/10) des Stadtrates Schuster, FDP-Fraktion

Kunden- und Nutzerdaten KID

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die KID Magdeburg GmbH bezeichnet sich auf ihrer Internetpräsenz als „der führende kommunale IT-Dienstleister aus Sachsen-Anhalt, der aus der Verwaltung hervorgegangen ist, sich in der Verwaltung auskennt und die kommunalen Prozesse versteht.“ Zu den Gesellschaftern bzw. Anteilseignern der KID Magdeburg GmbH gehört unter anderem die Landeshauptstadt Magdeburg.

Auf Internetseiten der KID Magdeburg GmbH sind sowohl Kunden- als auch Nutzerdaten öffentlich zugänglich.

Daher bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Entspricht es dem Willen der Gesellschafterin Landeshauptstadt Magdeburg, dass Kundendaten der KID Magdeburg im Internet öffentlich zugänglich sind?
2. Entspricht es dem Willen der Gesellschafterin Landeshauptstadt Magdeburg, dass personenbezogene Nutzerdaten wie zum Beispiel IP Adressen durch die KID Magdeburg GmbH erhoben und gespeichert werden sowie öffentlich zugänglich sind?
3. Wie bewertet die Landeshauptstadt Magdeburg den Sachverhalt juristisch und datenschutzrechtlich, dass die genannten Daten der KID Magdeburg GmbH öffentlich zugänglich sind?
4. Wie bewertet die Landeshauptstadt Magdeburg juristische oder finanzielle Konsequenzen für die Landeshauptstadt Magdeburg oder KID Magdeburg GmbH infolge der öffentlich zugänglichen Kundendaten?

Ich bitte um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung der Fragen.

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Der Beigeordnete Herr Platz informiert über ein Gespräch mit dem Geschäftsführer der KID und dessen Versicherung, dass es sich um einen Konfigurationsfehler gehandelt habe, der umgehend abgestellt worden ist. Damit sei jetzt auch wieder sichergestellt ist, dass kein Zugriff auf Kunden und Nutzerdaten der KID öffentlich übers Internet erfolgen kann.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Zu den schriftlich vorliegenden Anfragen F0192/10, F0198/10, F0199/10 und F0200/10 der FDP-Fraktion, F0188/10 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, F0207/10 der Fraktion DIE LINKE, F0205/10 und F0206/10 der Fraktion CDU/BfM sowie F0193/10, F0194/10, F0197/10 und F0204/10 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! erfolgt die Beantwortung schriftlich durch die Verwaltung.

## 9. Informationsvorlagen

---

Die vorliegenden Informationen unter TOP 9.1 – TOP 9.7 werden zur Kenntnis genommen.

### 9.8. Budgetsituation des Dezernats III

I0275/10

---

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt nimmt kritisch zur vorliegenden Information I0275/10 Stellung und kann nicht nachvollziehen wie die Kosten eingehalten werden sollen. Er fragt in diesem Zusammenhang nach, welche Einsparungen zur Einhaltung der Kosten geplant sind.

Frau Marxmeier, in Vertretung des Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herrn Nitsche erläutert detailliert die einzelnen Einsparungen, wie u.a. aus Marketingmaßnahmen, die nicht unter der Otto-Dachmarke laufen, in der touristischen Infrastruktur, durch Mehreinnahmen etc.

Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Beate Wübbenhorst  
Vorsitzende des Stadtrates

Silke Luther  
Protokollantin

- Anlage 1 - Gemeinsame Erklärung des Stadtrates
- Anlage 2 - Stellungnahme des Ausschusses RPB zum TOP 5.8 – DS0478/10
- Anlage 3 - Persönliche Erklärung des Stadtrates Theile, Fraktion DIE LINKE zum TOP 5.9 – DS0500/10
- Anlage 4 - Persönliche Erklärung des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper zum TOP 6.25 – A0187/10
- Anlage 5 - Persönliche Erklärung des Stadtrates Haller, FDP-Fraktion zum TOP 6.25 – A0187/10
- Anlage 6 - Persönliche Erklärung des Stadtrates Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum TOP 6.25 – A0187/10
- Anlage 7 - Persönliche Erklärung des Stadtrates Grünewald, Fraktion DIE LINKE zum TOP 6.25 – A0187/10
- Anlage 8 - Persönliche Erklärung des Stadtrates Wendenkampf, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! zum TOP 6.25 – A0187/10
- Anlage 9 - Persönliche Erklärung des Stadtrates Kraatz, Fraktion CDU/BfM zum TOP 6.25 – A0187/10

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Wübbenhorst, Beate

**Mitglieder des Gremiums**

Bartelmann, Gregor

Biedermann, Ursula

Bock, Andreas

Boeck, Helga

Boeck, Hugo

Bork, Jana

Bromberg, Hans-Dieter

Budde, Andreas

Canehl, Jürgen

Gärtner, Matthias

Giefers, Thorsten

Grünewald, Mario

Haller, Sven

Hein, Rosemarie Dr.

Herbst, Sören Ulrich

Heynemann, Bernd

Hitzeroth, Jens

Höroid, Helmut Dr.

Kraatz, Daniel

Krause, Bernd

Kutschmann, Klaus Dr.

Lischka, Burkhard

Meinecke, Karin

Meyer, Steffi

Müller, Oliver

Nordmann, Sven

Pott, Alexander Prof.Dr.

Reppin, Bernd

Rohrßen, Martin

Rösler, Jens

Salzborn, Hubert

Schumann, Andreas

Schuster, Frank

Schuster, Hans-Jörg

Schwenke, Wigbert

Siedentopf, Uta

Stage, Mirko

Stern, Reinhard

Szydzick, Claudia

Theile, Frank

Tietge, Lothar

Trümper, Lutz Dr.

Wähnelt, Wolfgang

Wendenkampf, Oliver A. Dipl. Biol.

Westphal, Alfred

Zimmer, Monika

**Geschäftsführung**

Ignatuschtschenko, Anne Dr.

Luther, Silke

**Abwesend**

Ansorge, Jens  
Czogalla, Olaf  
Danicke, Martin  
Hans, Torsten  
Hoffmann, Michael  
Hofmann, Andrea  
Rogée, Edeltraud  
Schindehütte, Gunter  
Schoenberner, Hilmar  
Schumann, Carola